

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT MÜNSTER

An die Vorsitzenden und Sprecher der
Fraktionen und der Ratsgruppe
CDU, Herrn Ratsherr Heinz-Dieter Sellenriek
SPD, Herrn Ratsherr Dr. Jung
GAL/Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Ratsherr Heribert Klas
FDP, Frau Ratsfrau Carola Möllemann-Appelhoff
Die Linke, Frau Ratsfrau Iris Toulas
UWG/ÖDP, Herrn Ratsherr Fritz Pfau
an Herrn Ratsherr Pascal Powroznik
an die Fraktionsgeschäftsstellen



17.10.2011

Antrag der Fraktion DIE LINKE an den Rat zur sofortigen Beschlussfassung „Unkonventionelle Erdgasförderung stoppen!“

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Vorbereitung der Beratung und Beschlussfassung über Anträge zur sofortigen Beschlussfassung bin ich von Ihnen gebeten worden, Ihnen möglichst vorab eine Einschätzung der Verwaltung zum Antragsinhalt zukommen zu lassen.

Aus Anlass verschiedener politischer Anträge ist im April diesen Jahres der Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen, der Ausschuss für Soziales, Gesundheit Arbeitsförderung sowie die Bezirksvertretung Münster-Hiltrup mit der **Vorlage V/0226/2011** zum Thema unkonventionelle Erdgasförderung und zu den verschiedenen Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene informiert worden. Folgend sind die aktuellen Entwicklungen der in der Vorlage aufgezeigten Aktivitäten dargestellt:

1. Der einzige bisher in Nordrhein-Westfalen bei der Genehmigungsbehörde gestellte **Betriebsplanantrag** für eine Bohrung in **Nordwalde** wird **nicht vor dem 30.06.2012** entschieden (s. a. Pkt. 3.), so die Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg (Genehmigungsbehörde).
2. Die Bezirksregierung Arnsberg hat Vorschläge zur **Änderung des Bergrechts** vom 18.02.2011 mit dem Kernanliegen der **Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung** mit Öffentlichkeitsbeteiligung für bestimmte Bohrungen und weitere Vorschläge zur Änderung des BBergG erarbeitet. Das Kernanliegen ist in einem Verordnungsantrag des Landes NRW vom 29.06.2011 an den Bundesrat (Drucksache 388/11) enthalten. Der Antrag wurde im dortigen Wirtschaftsausschuss und Wohnungsbauausschuss am 08.09.2011 behandelt. Der Umweltausschuss hat den Punkt vertagt. **Bislang gibt es keine Rechtsänderung.** Insbesondere die Positionen der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegen weit auseinander.

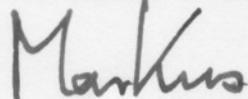
3. Prüfung des technischen Verfahrens Fracking durch:
- Gutachten mit Risikostudie zur Exploration und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in NRW des MKULNV; Angebotsfrist abgelaufen, Zuschlag zum 31.10.2011 geplant. Die Ergebnisse sind zum 30.06.2012 zu erwarten.
 - Das Bundesumweltministerium will eine Studie zu den Auswirkungen von Fracking insbesondere auf Gewässer und Böden kurzfristig vergeben.
 - Ein Gutachten wird im Rahmen des Informations- und Dialogprozesses der ExxonMobil über die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Fracking-Technologie für die Erdgasgewinnung erstellt. Ergebnisse sollen Ende März 2012 vorliegen.
4. **Dialoge mit Akteuren und Experten**, an denen die Verwaltung und/ oder die Stadtwerke Münster beteiligt sind:
- Bezirksregierung Arnsberg in Nordrhein-Westfalen:
- Expertenfachgespräch am 23.03.2011 in Dortmund,
 - Gespräche mit Bürgerinitiativen und Wasserversorgern am 26.09.2011 in Dortmund
- ExxonMobil:
- Umfangreicher Prozess mit Experten und Akteuren für die Aufsuchungsgebiete des Unternehmens in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen
5. Die festgesetzten Einzugsgebiete für die Trinkwassergewinnung der Stadt Münster sind nicht unmittelbar von Bohrungen betroffen. Das Einzugsgebiet des Haltener-Stausees (Herkunftsgebiet des Trinkwasserfremdbezugs) befindet sich in einem Gebiet für das Aufsuchungserlaubnisse erteilt wurden.

Fazit: Seit Anfang des Jahres wird das Thema in der Öffentlichkeit sowie von wissenschaftlicher Seite diskutiert. Eine intensive Prüfung des Themas in seiner Gesamtheit ist auf den Weg gebracht. Ergebnisse sind bis Mitte 2012 zu erwarten. Wie schon in der Vorlage V/022/2011 zum weiteren Vorgehen vereinbart, wird die Verwaltung:

1. Auf der Homepage des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz Informationen zur unkonventionellen Gasförderung im Münsterland einstellen und über die örtliche Presse auf die Informationsmöglichkeit hinweisen.
2. Nach Vorlage des durch die Landesregierung beauftragten Gutachtens zur unkonventionellen Gasförderung im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen berichten und den Antrag der SPD-Fraktion abschließend beantworten.

Aus Sicht der Verwaltung sind keine weiteren Aktivitäten erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Lewe